



Verband Berlin-Brandenburgischer
Wohnungsunternehmen e.V.

MICHAEL NIESTROJ: DIE STÄDTISCHEN WOHNUNGSBAUGESELLSCHAFTEN SIND STARKE PARTNER IM KLIMASCHUTZ

15.01.2009 Fachinformation

Am 13. Januar haben die sechs städtischen Wohnungsbaugesellschaften und das Land Berlin im Roten Rathaus eine Klimaschutzvereinbarung unterzeichnet, durch die bis 2010 die CO₂-Emissionen der 268.000 städtischen Wohnungen um mindestens 56.000 Tonnen jährlich reduziert werden sollen. Dies entspricht gegenüber 2006 einer Verminderung von mindestens 10 Prozent. "Damit wollen wir das Land Berlin bei der Erreichung seiner Klimaschutzziele unterstützen," sagte Michael Niestroj, Geschäftsführer STADT UND LAND Wohnbauten-Gesellschaft und Sprecher der städtischen Gesellschaften, anlässlich der Unterzeichnung. Bereits im Dezember 2007 hatte der BBU eine Kooperationsvereinbarung zum Klimaschutz mit dem Land Berlin abgeschlossen. Nach ihr sollen bis 2010 die CO₂-Emissionen aller im BBU organisierten Wohnungsunternehmen gegenüber 1990 um 30 Prozent gesenkt werden. Diese Klimaschutzvereinbarung wird nun durch Einzelvereinbarungen mit den sechs städtischen Wohnungsunternehmen umgesetzt. Pro Wohnung jährlich eine Tonne CO₂ weniger. Nachdem die sechs Gesellschaften die CO₂-Emissionen ihrer Wohnungen zwischen 1990 bis 2005 bereits um über 243.000 Tonnen vermindert haben, legen sie nun noch einmal nach und steigern die Gesamteinsparung um weitere 56.000 auf dann 300.000 Tonnen jährlich. Das ist pro Jahr rund eine Tonne CO₂ je Wohnung! "Seit 1990 haben die städtischen Wohnungsbaugesellschaften unserer Stadt 12,1 Milliarden Euro in die Instandhaltung und Modernisierung ihrer Wohnungen investiert. Heute sind rund 85 Prozent der von ihnen bewirtschafteten Wohnungen vollständig oder teilweise modernisiert. Dies zeigen auch die guten und sehr guten Kennwerte in den Energieausweisen," so Niestroj. "Darüber hinaus leisten die städtischen Wohnungsbaugesellschaften einen unverzichtbaren Beitrag zur sozialen Stadtentwicklung. Sie engagieren sich im Stadtteil- und Quartiersmanagement, unterstützen soziale, sportliche und kulturelle Aktivitäten. Sie engagieren sich bei der Gestaltung des Wohnumfeldes und fördern die aktive Beteiligung der Bewohner an der Quartiersentwicklung. Vorbildlich beteiligt sind sie an Pilotprojekten von Marzahn-Hellersdorf bis Spandau, von Reinickendorf bis Neukölln." Die sechs Gesellschaften haben bundesweit beispielhafte Energiespar- und Klimaschutzprojekte realisiert, mit denen sie die CO₂-Emissionen ganz erheblich verringert haben. Diese hervorragenden Ergebnisse werden in den Klimaschutzvereinbarungen dokumentiert: Der durchschnittliche Kennwert ihrer Wohnungsbestände für den Primärenergieverbrauch von Heizung und Warmwasser beträgt nur 136 kWh je Quadratmeter Wohnfläche. Die besten Kennwerte liegen bei 80, aber alle Unternehmensbestände liegen im jeweiligen Mittel nicht über 195 kWh je Quadratmeter Wohnfläche im Jahr. Der STADT UND LAND gelang es als bundesweit erstem städtischem Wohnungsunternehmen bereits 2005, das EU-Umweltzertifikat zu erwerben. Dennoch gibt es in begrenztem Umfang weitere Möglichkeiten zur Energieeinsparung, bei denen aber unbedingt auf die Wirtschaftlichkeit der Maßnahmen gesetzt werden muss. Denn: "Energieeinsparung muss bezahlbar bleiben. Andernfalls droht eine Überforderung der Mieter" so Niestroj. Der Schwerpunkt liege deshalb auf der weiteren Steigerung der Energieeffizienz in den Wohngebäuden. Mit der weiteren Optimierung von Heizungsanlagen, der Umstellung auf klimafreundliche Heizenergieträger, aber auch mit der Verbesserung der Wärmedämmung, mit neuen Fenstern und dem Bezug von Ökostrom für den Hausstrom ließen sich weitere Klimaschutzpotenziale erschließen. Davon profitieren vor allem die Mieter. Klimaziele mit Zwang zum Einsatz regenerativer Energien nicht erreichbar. Der Klimaschutz ist eine komplexe Aufgabe, mit der sich die städtischen Wohnungsbaugesellschaften mit all ihrer Fachkompetenz und hohem Engagement einmal mehr ihrer Verantwortung für die Stadt

stellen. Dabei muss jedoch auch eine andere aktuelle klimapolitische Diskussion in Berlin beachtet werden: Das Land arbeitet gegenwärtig daran, das Berliner Energiespargesetz zu einem Klimaschutzgesetz weiterzuentwickeln. Dabei soll eine Verpflichtung für alle Eigentümer von Wohngebäuden eingeführt werden, erneuerbare Energien zu nutzen. Hiergegen wenden sich alle städtischen Wohnungsbaugesellschaften und der BBU mit Nachdruck. Um das ehrgeizige Ziel des Senats erreichen zu können, bis zum Jahr 2020 die CO₂-Emissionen um 40 Prozent zu reduzieren, ist vor allem die weitere Steigerung der Energieeffizienz nötig. Damit werden allen Berliner Eigentümern zukünftig weitere hohe Investitionen abverlangt, die in den Unternehmen über die Mieten refinanziert werden müssen. Angesichts der knappen Investitions- und Mietenbudgets ist es aus Sicht der Wohnungswirtschaft unumgänglich, die verfügbaren Mittel in diejenigen energetischen Verbesserungsmaßnahmen zu investieren, die den größtmöglichen Nutzen versprechen. Das heißt, mit wirtschaftlich vertretbarem Aufwand muss ein Maximum an Energieeinsparung und Klimaschutz mit nachhaltiger Wirkung erreicht werden. Das ist unter den Bedingungen einer Großstadt wie Berlin mit erneuerbaren Energien im Gebäudebestand kaum der Fall. Dies gilt sowohl im Hinblick auf die erzielbaren Verringerungen von CO₂-Emissionen, als auch auf die Kosten der so erzeugten Energie. Eine erzwungene Steigerung des Anteils erneuerbarer Energien im Bestand würde deshalb um den Preis hoher Investitionen mit geringer Klimawirkung erkaufte. Eine 40prozentige CO₂-Reduktion bis 2020 wäre dann nicht mehr zu erreichen! Eine Nutzungspflicht für erneuerbare Energien bei bestehenden Gebäuden wäre kontraproduktiv. Wir meinen, dass effizienter Klimaschutz nur technologieoffen sein kann. Ein Berliner Klimaschutzgesetz sollte deshalb verbindliche Einsparungsziele und -zeiträume vorgeben, aber nicht die Art des Energieeinsatzes verpflichtend vorschreiben. Nur auf diese Weise würde sichergestellt, dass die Ziele Berlins mit einer breitestmöglichen Vielfalt von Lösungen erreicht werden könnten – und damit so effizient wie möglich. Mit der Vereinbarung von Klimaschutzzielen sind das Land Berlin und die Wohnungsgesellschaften auf dem besseren Weg. Auf diese Weise wird Klimaschutz gefördert, ohne Eigentümer und Mieter zu überfordern. Gemeinsame Pressemitteilung

Downloads

3CE9E_01_gemeinsamePM_KSV_final	162
	PDF

<https://bbu.de/beitraege/michael-niestroj-die-staedtischen-wohnungsbaugesellschaften-sind-starke-partner-im-klimaschutz>